

Nachhaltige Sozialpolitik

Zum Zusammenhang von Wohlfahrtsregime und Nachhaltigkeitsregime

*Michael Opielka**

Zusammenfassung

Der Beitrag enthält eine systematische Analyse der Verschränkung ideeller und institutioneller Dimensionen der Transformation von Sozialpolitik durch die ökologische Frage. Diese Analyse wird in vier Schritten versucht. Im ersten Schritt werden Konturen der Spannung von Sozial- und Umweltpolitik markiert. Der zweite Analyseschritt präsentiert vier Konzeptionen von Sozialer Nachhaltigkeit als Vermittlung dieser Spannung auf Grundlage der Theorie der Wohlfahrtsregime, in deren Zentrum das Verhältnis von Ideen und Institutionen steht. Im dritten Schritt werden aus Sicht der Wohlfahrtsregimetheorie einige Anforderungen an Nachhaltigkeitsregime formuliert. In einem vierten Schritt werden Gestaltungsoptionen einer nachhaltigen Sozialpolitik exemplarisch an ausgewählten Bausteinen skizziert. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick für eine nachhaltigkeitsorientierte Sozialpolitikforschung.

Abstract: Sustainable Social Policy. On the Connection Between Welfare Regimes and Sustainability Regimes

The article contains a systematic analysis of the entanglement of ideational and institutional dimensions of the transformation of social policy through the ecological question. This analysis is attempted in four steps. In the first step, the contours of the tension between social and environmental policy are outlined. The second step of the analysis presents four conceptions of social sustainability as a mediation of this tension on the basis of the theory of welfare regimes, which centres on the relationship between ideas and institutions. In the third step, some requirements for sustainability regimes are formulated from the per-

* *Opielka*, Prof. Dr. Michael, Ernst-Abbe-Hochschule Jena, Fachbereich Sozialwesen, 07745 Jena, Carl-Zeiss-Promenade 2 und ISÖ – Institut für Sozialökologie gGmbH, 52721 Siegburg, Ringstraße 8, michael.opielka@isoe.org.

spective of welfare regime theory. In a fourth step, design options for sustainable social policy are outlined using selected building blocks as examples. The article concludes with an outlook for sustainability-orientated social policy research.

Nachhaltige Sozialpolitik ist in aller Munde. Der Sozialrechtler *Eberhard Eichenhofer* versucht, Idee und Form der Sozialversicherung als sozialpolitische Institution, deren Verteidigung und Modernisierung ihm seit langem ein Anliegen ist (*Eichenhofer* 2003), mit dem Nachhaltigkeitsgedanken zu imprägnieren (*Eichenhofer* 2023). Eine vergleichbare Bewegung, weniger sozialrechtlich als vielmehr politikwissenschaftlich fundiert, finden wir bei *Frank Nullmeier*, dessen Verteidigung des Risikoausgleichs der Sozialversicherung (*Nullmeier/Rüb* 1993) in jüngeren Schriften zur Idee einer ökologischen Risikoabsicherung durch neue Sozialversicherungen ausgeweitet wurde (*Nullmeier* 2021). Solche Betonungen des Bismarck-Prinzips und damit eines konservativ fundierten und sozialdemokratisch gelesenen Klassenkompromisses sind deutungsbedürftig. Sie markieren zunächst einen zumindest semantischen Modernisierungsbedarf der Erweiterung der Klassenfrage um die Gattungsfrage. Sozialpolitikwissenschaftlich interessant erscheint dabei die systematische Analyse der Verschränkung ideeller und institutioneller Dimensionen der Transformation von Sozialpolitik durch die ökologische Frage. Diese Analyse wird im Folgenden in vier Schritten versucht. Im ersten Schritt werden Konturen der Spannung von Sozial- und Umweltpolitik markiert. Der zweite Analyseschritt präsentiert vier Konzeptionen von Sozialer Nachhaltigkeit als Vermittlung dieser Spannung, wofür die Theorie der Wohlfahrtsregime herangezogen wird, in deren Zentrum das Verhältnis von Ideen und Institutionen steht. Im dritten Schritt werden aus Sicht der Wohlfahrtsregimetheorie einige Anforderungen an Nachhaltigkeitsregime formuliert. In einem vierten Schritt werden Gestaltungsoptionen einer nachhaltigen Sozialpolitik exemplarisch an ausgewählten Bausteinen skizziert. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick für eine nachhaltigkeitsorientierte Sozialpolitikforschung.

1. Zur Spannung von Sozial- und Umweltpolitik

Man könnte annehmen, für das 21. Jahrhundert gelte etwas strukturähnliches wie für das 20. Jahrhundert, das der Soziologe *Ralf Dahrendorf* einmal das „sozialdemokratische Jahrhundert“ nannte. Er meinte, ähnlich wie *Max Weber*, die Modernisierung des Kapitalismus durch die Sozialpolitik und den sozialen Wandel hin zum modernen, heute globalen Wohlfahrtsstaat. Dass der Wohlfahrtsstaat aufgrund der Fiskalautorität der Nationalstaaten trotz seiner globalen Ausbreitung und einer zumindest in Teilen wirksamen regulativen globalen Sozialpolitik (ILO, WHO, Sozialversicherungsabkommen usw.) noch immer wesentlich nationalstaatlich verfasst ist, wird trotz des Wissens um die Globalisierung sozialökonomischer Problemstellungen in der Sozialpolitikforschung

nicht problematisiert. Sollte aber im 21. Jahrhundert über die soziale Modernisierung hinaus eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus geboten erscheinen, dann lässt sich ein Primat des Nationalen schon deshalb nur noch schwer begründen, weil ökologische Probleme, vom Klimaschutz bis zur Biodiversität, nationalstaatliche Grenzen überschreiten. Zugleich ist ein ökologisches Modernisierungsprogramm aufgrund der absehbaren distributiven Voraussetzungen und Wirkungen auf die Steuerungserfahrung und -kompetenz nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit zwingend angewiesen, zumal die Nationalstaaten in Bezug auf Ressourcennutzung weltweit äußerst unterschiedliche Niveaus erreichen (Hickel et al. 2022).

Auf der Ebene der Weltgesellschaft, repräsentiert durch die Vereinten Nationen, ist diese Erkenntnis angekommen. Die in unmittelbarer Folge der Pariser Klimakonferenz im Herbst 2015 von der UN-Vollversammlung verabschiedete „Agenda 2030“ mit den „Sustainable Development Goals (SDG)“ ist Ausdruck dieser erstmalig systematischen Verklammerung von Sozial- und Umweltpolitik (Opielka 2017; Opielka/Renn 2017). Auf nationaler Ebene findet sich seit längerem eine Vielzahl sozialökologischer Projekte, wie beispielsweise im Förderschwerpunkt Sozial-ökologische Forschung des FONA-Programms des Bundesforschungsministeriums.¹ Wenn aus Sicht der großen Modernisierung des Kapitalismus darauf geblickt wird, erstaunt gleichwohl nach wie vor, dass der Zusammenhang von Sozialpolitik und Umwelt- bzw. Klimapolitik als stiefmütterlich behandelt gelten muss. So zeigte ein im Auftrag des DIFIS (Deutsches Institut für interdisziplinäre Sozialpolitikforschung) durchgeführtes Projekt zum Verhältnis der beiden Politikfelder in der aktuellen deutschen Politik (Bach/Opielka 2023) die Schwierigkeit, kompetent am jeweilig komplementären Politikfeld Interessierte in den Institutionen und Organisationen zu identifizieren. Sozial- wie Umweltpolitik sind versäult. Ähnliches ließ sich beim *APCC Special Report Strukturen für ein klimafreundliches Leben* (Görg u. a. 2023) beobachten: vor allem die Sozialpolitik mit ihren Teilpolitiken zu Arbeitsmarkt, Gesundheit oder Wohnen sieht in der Umweltpolitik eher eine Ressourcenkonkurrenz als einen Modernisierungspartner.

Diese große Versäulung hat zwei Effekte: Sozial- und Klimapolitik werden zum einen als Konkurrenten betrachtet. Der zweite Effekt ist soziologisch wie sozialpolitiktheoretisch hoch relevant: Modernisierung, überhaupt das Konzept des sozialen Fortschritts als Autonomiegewinn von Individuen und Gruppen wird in einem breiten de-facto-Bündnis von politischem Autoritarismus bis zu digitalem Cyborgismus als überlebt konzipiert, eine Gesellschaft der „Singularitäten“ und „dynamischer Stabilisierung“, die die emanzipatorische Dimension der Moderne bedroht (Reckwitz/Rosa 2021). Der Versäulung der Politikfelder

¹ <https://www.fona.de/de/themen/gesellschaft-sozial-oekologische-forschung.php>.

entspricht ein Leben in „Filterblasen“, man bleibt unter sich und weiß wenig über andere Relevanzfelder.

Das sind einige der Hindernisse für Soziale Nachhaltigkeit. Es wundert daher nicht, dass um die Nachhaltigkeit des Sozialen immer wieder heftige Konflikte ausbrechen (Opielka 2023). Dabei scheint es überfällig und hilfreich, *die Sozialpolitik als Referenzpunkt für Soziale Nachhaltigkeit* zu nehmen, wie es mehr als ein Jahrhundert früher Max Weber für die erste große Modernisierung des Kapitalismus gemacht hat. Die Sozialpolitik selbst muss dafür weit konzipiert werden (Opielka 2008), im Grunde, hier an Ferdinand Tönnies und Talcott Parsons anschließend, als institutionalisierte Gemeinschaft der Gesellschaft (Opielka 2006).

Die Soziologie kann zu dieser Neuformulierung der „öko-sozialen Frage“ (Opielka 1985) zentral beitragen (Beckert 2024). Sie entstand als wissenschaftliche Disziplin nicht zur Legitimation der Wertebasis des Kapitalismus, sondern zu seiner Analyse. Dazu braucht sie ein Konzept von Gesellschaft, das sie insgesamt in den Blick nimmt, die Akteurs- wie die Systemperspektive (Nassehi 2023). Zunehmend untersuchen Soziolog:innen den Zusammenhang von Wohlfahrtsstaat und Klimakrise (Schoyen et al. 2022). Die Sozialpolitikforschung kann daran unmittelbar anschließen. „Soziale Nachhaltigkeit“ dient dabei als semantischer Fokus für ein Konzept sozialpolitischer Zukunftsgestaltung. Der weitere Ausbau des Sozialstaats und seine Wachstumsabhängigkeit werden mit ökologischen Kosten konnotiert, und umgekehrt scheint eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit nur auf Kosten von sozialem Ausgleich möglich (Hirschfeld et al. 2023). Diese Spannung wird im Folgenden analysiert und mögliche Lösungen werden diskutiert.

2. Vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit

Es erscheint für den um Relevanz ringenden Politikfokus Soziale Nachhaltigkeit analytisch sinnvoll ihn durch eine sozialwissenschaftlich integrative, transdisziplinäre Perspektive zu definieren, die an politische Steuerung, an Governance anschlussfähig ist. Diese Anschlussfähigkeit bietet das in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung verwendete Konzept des „Welfare Regime“, des Wohlfahrtsregime, das vor allem durch die Arbeiten von Gösta Esping-Andersen bekannt wurde.² Wie jede sozialwissenschaftliche Theorie ist auch die Wohl-

² Esping-Andersen 1990, zur anschließenden Diskussion in der Wohlfahrtsforschung Arts/Gelissen 2002; mit einer hilfreichen Unterscheidung von „realtypischen“ und „idealtypischen“ Wohlfahrtsregime Aspalter 2019. Zuletzt unterminiert Aspalter (2023) diese Unterscheidung, indem gleich zehn „idealtypische“ Wohlfahrtsregime behauptet werden, deren epistemische Referenz immer unklarer wird und sich am Ende im deskriptiv Realtypischen verliert. Yörük et al. (2022) unterscheiden unter Nutzung einer sozialpolitisch

fahrtsregimetheorie umstritten (z. B. Kaufmann 2014). Sie erweist sich jedoch bis heute als hilfreich für die empirische Forschung (Sowula et al. 2023).

Esping-Andersen kann sich auf eine Diskussion in der politikwissenschaftlichen Theorie Internationaler Beziehungen stützen. Vier Kennzeichen internationaler Regime werden unterschieden: Prinzipien (gemeinsame Grundannahmen), Normen (allgemeine Verhaltensstandards), Regeln (spezifische Verhaltensvorschriften) und Verfahren (konkrete, gemeinsam verabredete Prozeduren) (*Hasenclever* u. a. 2000). *Esping-Andersen* nutzte ähnliche Überlegungen für die Wohlfahrtsstaatsanalyse, sein Regimebegriff gilt dabei nicht überstaatlichen, sondern innerstaatlichen Institutionengeflechten. Zentrales Kriterium der Bestimmung von Wohlfahrtsregimen ist der Grad der Dekommodifizierung, der Institutionalisierung marktunabhängiger Existenzsicherung.

In jüngerer Zeit wird die Theorie der Wohlfahrtsregime auch auf ihre Anwendbarkeit in der Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitspolitik überprüft.³ Eine vergleichbare und insoweit für die sozialpolitische Analyse anschlussfähige „Ökoregime“-Theorie liegt jedoch noch nicht vor. Im weiten Feld der in den letzten Jahren entstandenen Nachhaltigkeitswissenschaften, der Sustainability Sciences⁴, haben sich bisher keine Typologien oder Systematiken durchgesetzt. Möglicherweise wäre das Kriterium der Dekommodifizierung auch hier anwendbar.

Wenn im Folgenden vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit unterschieden werden, so geschieht dies vor dem Hintergrund einer soziologischen Theorie, der sogenannten AGIL-Theorie von *Talcott Parsons*.⁵ Die Unterscheidung soll aber auch aus sich heraus plausibel sein (auch *Bach/Opielka* 2023):

1. Ein *enges* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als „Soziale Umverteilung“: Hier wird „das Soziale“ als eine von „drei Säulen“ der Nachhaltigkeit konzipiert, als klassenpolitische Konfliktreduktion und Umverteilung, antagonistisch zur (eher wirtschaftsliberal gedeuteten) ökonomischen Nachhaltigkeit und als Begleitung der ökologischen Nachhaltigkeit. In dieser Perspektive wird eher von *sozialdemokratischer* bzw. *sozialistischer* Politik bzw. einem solchen Regime ausgegangen und damit von der Genese der dritten „sozialen“ Säule als gewerkschaftlich-linkem, primär politischem Programm

relevanten Datenbasis vier Wohlfahrtsregime-Typen: Institutionell, neoliberal, populistisch und residual. Da sie auf eine theoretische Begründung ihrer Idealtypik verzichten, drängt sich wie so oft bei realtypischer Empirie der Eindruck impliziter Normativität auf.

³ *Gough* 2016; als Policy-Vergleich *Koch/Mont* 2016; systematischer *Koch/Fritz* 2014; dazu auch *Opielka* 2017, S. 74 ff.; *Zimmermann/Graziano* 2020.

⁴ Zur Fülle internationaler Veröffentlichungen zu Sustainability Sciences als neuer Disziplin beispielsweise *Clark/Harley* 2020.

⁵ Es handelt sich um eine sozialökologische, handlungs-systemtheoretische Theorie der Gesellschaft im Anschluss an *Talcott Parsons*, mit *Hegel* dialektisch dynamisiert, dazu ausführlich *Opielka* 2006, für die Sozialpolitik *Opielka* 2008, 2019a.

gegen eine Dominanz der „wirtschaftlichen“ (Kapital-)Säule. Das diskursive Verständnis von „sozial“ entspricht damit der heute häufigen Verwendung von „sozial“ im Sinne einer vertikalen Verteilungsgerechtigkeit.⁶ Soziale Nachhaltigkeit im sozialdemokratisch-sozialistischen Verständnis ergänzt ökologische Nachhaltigkeit insoweit, als ökologische Konfliktlagen auch zu sozialer Ungleichheit führen. Sozialpolitik soll auch ökologische Verwerfungen kompensieren.

2. Ein *internales* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als Nachhaltigkeit des Sozialen: Diese Konzeption hat mit Ökologie und dem heute üblichen Konzept von Nachhaltigkeit (Sustainability) zunächst wenig zu tun. Sie bezieht sich primär auf das Soziale selbst, auf den Erhalt und die Reproduktion der gemeinschaftlichen Kernsysteme einer Gesellschaft. Dieses Verständnis kommt einem *konservativen* Politik- bzw. Regimeprinzip nahe, wie es beispielsweise die ordoliberalen Freiburger Schule der Ökonomie vertritt (*Manow* 2001). Es geht um eine nachhaltige Vermögenskultur, beispielsweise durch die Förderung von Familienunternehmen, um Stiftungsgründungen oder um „good governance“, um die langfristige Stabilität von Institutionen. Der Steuerungsfokus ist Gemeinschaft und Moral, Naturschutz wird als Heimatschutz bedeutsam. Die Brücke zur Verantwortung gegenüber Natur und Umwelt schlägt diese Konzeption über die Gemeingüter⁷, die sogenannten „Commons“. Luft, Artenvielfalt, Wasser und Naturschönheiten sind durch Egoismen und Kurzzeitdenken bedroht, der Blick auf das Gemeinschaftliche in einer konkreten kleineren Gesellschaft bis hin zur Weltgesellschaft schließt die Ökologie des Sozialen ein, von der Natur bis zum geistigen Welterbe. In diesen eher *konservativen* Diskursen wird mit dem Begriff der „Sozialen Nachhaltigkeit“ versucht, eine Transformation von Institutionen oder Umverteilungsprozesse zu vermeiden und stattdessen institutions-immanent, eben internal, die Natur zu schützen.⁸ Ein unmittelbarer Naturbezug sozialpolitischer Interventionen wird im konservativen Ansatz nicht gesehen, auch daher dominiert in diesem Regimekonzept die (ingenieur-)technische Lösung von Nachhaltigkeitsproblemen.
3. Ein *skeptisches* Verständnis von Sozialer Nachhaltigkeit als Nachhaltigkeit ökonomischer Funktionalitäten. Hier geht es – dem internalen, konservativen Verständnis nahe, jedoch mit der Betonung von Marktsteuerung – um

⁶ In einer klassischen Studie hat *Eckart Pankoke* die deutsche Verwendungsgeschichte und damit auch die Veränderung des Bedeutungsgehaltes von „sozial“ nachgezeichnet (*Pankoke* 1970).

⁷ *Deneen* 2023, auch <https://www.nationalaffairs.com/publications/detail/conservatism-and-the-common-good>.

⁸ *Zimmer* 2015; eher rudimentär die „Fachkommission Nachhaltigkeit“ der CDU: <https://www.cdu.de/thema/umwelt-natur-und-klimaschutz>.

Generationengerechtigkeit, beispielsweise in der Verteilung der Finanzierungslasten der Rentenversicherung zwischen Jung und Alt, finanzpolitisch um die Begrenzung von Staatsschulden („schwarze Null“) und auch um die Verhinderung einer wachsenden Nachfrage nach öffentlichen Investitionen in die Förderung von Nachhaltigkeit über die Aufnahme neuer (staatlicher) Schulden. Soziale Nachhaltigkeit wird in diesem *liberalen* Politik- bzw. Regimetyt skeptisch, vielfach mit Abneigung und negativ konzipiert, als positives Konzept ist es in diesen Diskursen bisher kaum zu finden.⁹ Eine radikalisierte Variante des liberalen Wohlfahrtsregime-Konzeptes sind libertäre Argumentationen, die zugunsten von Marktsteuerung auf jegliche Staatsintervention verzichten wollen und damit zugleich auf Sozialpolitik wie auf Umweltpolitik.

4. Schließlich findet sich auch ein *weites* Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit, in dem das „Soziale“ als das „Gesellschaftliche“ verstanden wird: Soziale Nachhaltigkeit wird hier als gesellschaftliches Transformationsprojekt konzipiert. In dieser Arena werden Diskussionen über die Postwachstumsgesellschaft, über „Green Growth“ und „Degrowth“ geführt, ohne sich hier genau festzulegen. Soziale Nachhaltigkeit wird im *garantistischen* Politik- bzw. Regimetyt als Dachkonzept für die Nachhaltigkeitsdiskussion entwickelt. Der Begriff „Garantismus“ bedarf einer Erläuterung: Die klassischen Politiklegitimationen liberal/sozialdemokratisch/konservativ – also Mitte/Links/Rechts – wurden in den letzten Jahrzehnten durch eine globale Agenda sozialer Grundrechte herausgefordert, die sich nicht umstandslos dieser Trias unterordnen lässt. Es gibt starke Argumente dafür, dass Demokratien auch durch die Expansion der Sozialpolitik eine evolutionäre Dynamik hin zu sozialen Grundrechten entfalten (*Eichenhofer* 2023), die durch geeignete Politikstrukturen wie direkte Demokratie gestützt werden. Der Regimetyt „Garantismus“ trägt dieser Dynamik Rechnung. So führte die zunehmend bürgerrechtliche Fundierung der Sozialpolitik der Schweiz in der Sozialpolitikforschung zu ihrer Einordnung als „weicher Garantismus“ (*Carigiet/Opielka* 2006). Die vor allem menschenrechtliche Fundierung des garantistischen Regimetyts (*Opielka* 2008) markiert ein starkes Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit, den Gegenpol zum skeptischen, liberalen Verständnis. Das Tableau der Sustainable Development Goals (SDG) und ihr Votum für einen „holistischen“¹⁰ Politikwechsel seitens der UN stehen für ein weites Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit.

⁹ Beispielhaft die liberale Stiftung: <https://www.freiheit.org/de/deutschland/fnf-goes-cop28-liberale-perspektiven-fuer-globale-klima-herausforderungen>.

¹⁰ „The SDGs are a universal agenda of sustainable development, calling on all nations to pursue a holistic strategy that combines economic development, social inclusion and environmental sustainability.“ (*Bertelsmann/SDSN* 2016, S. 8).

3. Wohlfahrtsregime und Nachhaltigkeitsregime

In *Abbildung 1* werden die vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit in die systematische Darstellung der Wohlfahrtsregime eingefügt. Alle vier Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit beinhalten zukunftsfähige Gesichtspunkte. So politisch-normativ sie auch konstruiert sind, sie sind zugleich analytische Konzeptionen zur Untersuchung der Steuerungsleistungen sozialer Systeme. Dies soll exemplarisch für die vier Typen des Wohlfahrtsregimes diskutiert werden.

Das *enge* Verständnis legt den Fokus auf jene sozioökonomische Konfliktlage, die *Thomas Piketty* als Prozess weltweiter Dominanz von Kapitalrenditen über Arbeitnehmereinkommen auslegte (*Piketty* 2014). Sie inszeniert sich in den Diskussionen um Energiepreise oder um den (Braun-)Kohleabbau, wonach Klimaschutzmaßnahmen sozial ungleich wirken und vorhandene Benachteiligungen zu verschärfen drohen.

Das *internale* Verständnis wiederum zählt schwerpunktmäßig auf gemeinschaftliche Gestaltungsoptionen, auf mentale Veränderungen (Verhalten, Konsum) und technische Innovationen, Veränderungen sozialpolitischer Institutionen und Regulierungen in Richtung Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind dieser politisch eher konservativen Fraktion unrecht.¹¹

Das *skeptische* (liberale) Verständnis will gleichfalls sozialökologische institutionelle Änderungen meiden und setzt im Wesentlichen auf technologische Lösungen des Nachhaltigkeitsproblems. Diese Position ist für marktbezogene Regulative wie die CO₂-Bepreisung offen.

Das *weite* (garantistische) Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit schließlich könnte insgesamt zu einem Leitbild des Nachhaltigkeitsdiskurses werden. Indem es das Soziale, das Gesellschaftliche und Institutionelle einer Transformation zu einer nachhaltigeren Gesellschaft betont, ohne sich damit zu begnügen (so werden auch Einstellungs- und Verhaltensänderungen postuliert), wird deutlich, dass eine primär technologische oder ökonomische Strategie dem systemischen Charakter der sozial-ökologischen Problemstellung nicht gerecht wird.

¹¹ Das regimetheoretisch konservative, internale Verständnis hat in seiner „kommunitaristischen“, gemeinschaftlich-empathischen Dimension auch eine linke bzw. linksliberale Ausprägung und Geschichte (*Opielka* 2006).

	Typen des Wohlfahrtsregimes			
	<i>liberal</i>	<i>sozialdemo- kratisch</i>	<i>konservativ</i>	<i>garantistisch</i>
<i>Steuerung/Governance:</i>				
Markt	zentral	marginal	marginal	mittel
Staat	marginal	zentral	subsidiär	subsidiär
Familie/Gemeinschaft	marginal	marginal	zentral	mittel
Menschen-/Grundrechte	mittel-hoch	mittel	marginal	zentral
Dominante Form sozialstaatlicher Solidarität	individua- listisch	lohnarbeits- zentriert	kommunita- ristisch- etatistisch	Bürgerstatus, universalis- tisch
Vollbeschäftigungsgarantie	schwach	stark	mittel	mittel
Dominante Form der sozialstaatlichen Steuerung	Markt	Staat	Moral	Ethik
Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit	skeptisch	eng	internal	weit
Empirische Beispiele in der Sozialpolitik	USA	Schweden	Deutsch- land, Italien	Schweiz („weicher G.“)

Abbildung 1: Typen des Wohlfahrtsregime und Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit

Quelle: *Opielka* 2008, S. 35, gekürzt und um die Konzeptionen Sozialer Nachhaltigkeit erweitert.

Ein weites Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit zielt auf eine umfassende Reorganisation von Politik, wie sie im 20. Jahrhundert mit dem Wohlfahrtsstaat und der Etablierung verschiedener Formen eines „Wohlfahrtsregime“ weltweit erfolgreich gelang. Es bleibt zu beobachten, ob es der Nachhaltigkeitsbewegung, wie zuvor der Arbeiterbewegung, gelingt, neue Institutionen zu fordern und zu fördern, die den sozialen Ausgleichsimpuls des Sozialstaats systematisch zu einer Art „Öko-Wohlfahrtsregime“ weiterentwickeln. Bruno Latour schlug die Brücke zwischen Nachhaltigkeits- und Arbeiterbewegung mit dem Konzept einer „ökologischen Klasse“ (*Latour/Schultz* 2022; dazu *Opielka* 2023, S. 145 ff.).

Allerdings ist die Theorie und Konzeption der Wohlfahrtsregime weder unbestritten noch überall bekannt. Innerhalb der Sozialpolitikforschung wird bisweilen mehr oder weniger epistemisch dagegen argumentiert. Wie könne ein analytischer Beobachtungspunkt für die gesamte Gesellschaft gefunden werden, wenn die Beobachter mitten darin sind? In diese Richtung argumentierten in der deutschen Sozialpolitikdiskussion so politisch unterschiedliche Autoren wie *Franz-Xaver Kaufmann* (2014) oder *Stephan Lessenich* (2012). Die Diskussion

kann an dieser Stelle nicht geführt werden (dazu ausführlicher *Opielka* 2008, 2017; sowie mit internationalem Blick *Arts/Gelissen* 2001; *Aspalter* 2019).

Die systemische Perspektive der Wohlfahrtsregimetheorie wird bisweilen auch als Theorie der „Welten“ des Wohlfahrtskapitalismus bezeichnet, gegen die verschiedene Theorien der „Varianten“ des Wohlfahrtskapitalismus angeführt werden (*Schelkle* 2017). Dazu gehört der leider schwer auszurottende Irrtum, dass ein systemischer Blick keine Mischformen kenne. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Gerade die Wohlfahrtsregimetheorie macht deutlich, dass die meisten Wohlfahrtsstaaten Mischungen bilden, exemplarisch zeigt das die sozialistisch-sozialdemokratische Gesundheitspolitik in Großbritannien (National Health Service) in einem ansonsten überwiegend liberalen Wohlfahrtsregime,

Worum geht es thematisch, wenn von einem *weiten* Verständnis Sozialer Nachhaltigkeit die Rede ist? Ändert sich die Wahrnehmung von Problemen und, mehr noch, lassen sich durch diese Perspektive analytische Überlegungen für die Forschung entwickeln? Der deutsche Wissenschaftsrat sieht in einem Positionspapier die Notwendigkeit, „große gesellschaftliche Herausforderungen“ (Wissenschaftsrat 2015, S. 15) zu adressieren, worunter von wissenschaftspolitischen Akteuren vor allem der Klimawandel, die globale Erwärmung und saubere Energie verstanden würden. Der Fokus Soziale Nachhaltigkeit erlaubt eine zusätzliche Parallele: Vermutlich erfüllen die transformativen Nachhaltigkeitswissenschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts eine ähnliche Funktion wie die Sozialwissenschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Nicht nur die Soziologie begriff sich damals als Medium der Sozialreform und Antwort auf die soziale Frage als Klassenfrage (*Achinger* 1959; *Kaufmann* 2014). Das Ergebnis war der Wohlfahrtsstaat. Ein gutes Jahrhundert später wird die ökosoziale Frage möglicherweise mit einem globalen „Öko-Wohlfahrtsregime“ beantwortet.

Problematisch erscheint, dass die drei hergebrachten Regimekonzepte – liberal, sozialdemokratisch, konservativ – für intergenerationale Gerechtigkeitsprobleme nur sehr partikulare Antworten finden. Liberale denken in Nutzenkalkülen, Sozialdemokraten in Klassenkonflikten, Konservative in Gemeinschaftspartikularismen. Aus jedem Regimeansatz lässt sich damit nur begrenzt ein intergenerationales Gerechtigkeitsdenken destillieren. Nur der garantistische Ansatz – der implizit den Sustainable Development Goals der UN zugrunde liegt – scheint substanziell universalistisch angelegt.

Wenn bereits ihre Ausgangsdisziplinen Sozialpolitikforschung und Nachhaltigkeitsforschung vielen als zu normativ und zu wenig analytisch gelten, wird die Verhältnisbestimmung von Wohlfahrtsregime und Nachhaltigkeitsregime mit dem Vorwurf doppelter normativer Überbestimmung konfrontiert. Hier empfiehlt sich ein Schritt zur Seite. Für die Soziologie der Nachhaltigkeit war eine Entgegensetzung von Normativität und Faktizität noch nie relevant, vielmehr deren Durchdringung typisch. Gerade die Sustainable Development

Goals (SDG) demonstrieren dies in besonderer Weise, insoweit sie als Ziele, als Normative steuernd wirken (*Kani/Biermann* 2017), was angesichts der Komplexität der sozialen und ökologischen Zielsetzungen und ihrer Interaktionen (ICSU 2017) anspruchsvoll ist. Ob die SDGs ein Governance-Potenzial besitzen und welche Intentionen politische und andere Akteure leiten, die sich Nachhaltigkeit bzw. Soziale Nachhaltigkeit auf die Fahne schreiben, das ist ohne Forschung nicht evident. Die Soziologie hat Nachhaltigkeit als Forschungsthema identifiziert, der Klimawandel wird als gesellschaftliches und nicht mehr primär naturwissenschaftliches Problem erkannt (*Dunlap/Brulle* 2017).¹² Mit dem Mainstreaming von Sozialer Nachhaltigkeit als Forschungsfeld gehen allerdings bereits jetzt die traditionellen ideologischen Kontroversen der Sozialwissenschaften einher, insbesondere auch die kulturskeptischen Zweifel an Modernität und Modernisierung. So wird in diesem Diskursfeld beispielsweise über „nachhaltige Unnachhaltigkeit“ räsoniert und demokratiegetriebenes Teilhabebegehren als „unhaltbar“ denunziert (*Blühdorn* 2024). Das ökologisch reformulierte sozialpolitische Fortschrittsversprechen benötigt folglich gute Argumente.

4. Elemente einer nachhaltigen Sozialpolitik

Die Gestaltungsoptionen einer nachhaltigen Sozialpolitik sollen abschließend exemplarisch an vier Beispielen diskutiert werden, die mit den vier wohlfahrtsregimebasierten Konzepten Sozialer Nachhaltigkeit korrespondieren: a) Energiegeld und CO₂-Bepreisung, b) Grundsicherung und Grundeinkommen, c) Sozialdienst und d) Positive Migration.

4.1 Energiegeld und CO₂-Bepreisung

Als zentrales Regulativ zur Reduzierung der Nutzung fossiler Energie hat sich mit der Einführung des Emissionshandelssystems auf EU-Ebene (EU Emissions Trading System – ETS) in 2005 die CO₂-Bepreisung durchgesetzt. Die sozialpolitische Relevanz dieser Verbrauchsabgabe ist evident. Sie erhöht mit absehbar stark steigender Tendenz die Kosten für Mobilität und Wohnen, darüber hinaus für zahlreiche weitere stoffliche Konsumgüter. Die damit verbundenen Verteilungskonflikte haben Protestbewegungen („Gelbwesten“) sowie rechts- wie linkspopulistische Akteure mobilisiert. Einige Wohlfahrtsstaaten haben daher Regulationsmodelle entwickelt, CO₂-Abgaben ganz oder in relevantem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger pauschaliert zu erstatten, um die Lenkungswirkung der Abgaben zu erhalten und gleichzeitig sozialökonomische Verwerfun-

¹² Dazu das „International Research & Policy Network on Sustainable Welfare“: <https://www.researchgate.net/project/International-Research-Policy-Network-on-Sustainable-Welfare>.

gen zu vermeiden. Während in Deutschland über ein sogenanntes *Energiegeld* im parteipolitischen Wettbewerb diskutiert wird (in den Koalitionsvertrag der „Ampel“ fand es als *Klimageld* zumindest Eingang), haben einige Staaten wie die Schweiz bereits geeignete Instrumente implementiert (Deutscher Bundestag 2018). Seit 2008 erhebt in der Schweiz der Bund auf fossile Brennstoffe wie Heizöl oder Erdgas eine CO₂-Abgabe. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) sorgt für die Verteilung der Umweltabgaben an alle Versicherten, und zwar via Krankenversicherer. Im Jahr 2021 wurden 87 Franken aus den Erträgen der Umweltabgaben (CO₂-Abgabe und VOC-Abgabe) zurückgezahlt, insgesamt also 753 Mio. Franken.

Die Höhe dieser Erstattung in der Schweiz ist sozialpolitisch noch marginal. Das würde sich aber bei deutlichem Anstieg der Abgaben auf fossilen Verbrauch merklich ändern. Sozialpolitisch interessant ist die Begründung für dieses Instrument: „Die Verteilung über die Krankenversicherer ist der einfachste Weg für die Rückverteilung. Sie verfügen über das aktuellste Register der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz, da die Grundversicherung für alle obligatorisch ist.“¹³ Das sozialpolitische System der („garantistischen“) Bürgerversicherung erweist sich damit als sowohl technisch wie legitimativ geeignet, nachhaltige Lenkungsabgaben sozial abzufedern. Eine damit vergleichbare Struktur fehlt in Deutschland, da die Sozialversicherungen im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat nicht alle Bürgerinnen und Bürger erfassen, zugleich jedoch für relevante Bevölkerungsgruppen (v. a. Rentnerinnen und Rentner) keine Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommenssteuererklärung besteht.¹⁴

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass ein führender Sozialpolitikforscher wie *Frank Nullmeier*, stellvertretender Direktor des 2021 gegründeten „Deutschen Instituts für Sozialpolitikforschung (DIFIS)“, zur „Annäherung“ der Politikfelder Sozialpolitik und Klimapolitik die „Schaffung einer Ökosozialversicherung als sechster Säule des deutschen Sozialversicherungssystems“ (Nullmeier 2021, S. 122) anregt. Man muss fragen, ob das System der erwerbsorientierten Sozialversicherung für die Lösung universeller, alle Bürgerinnen und Bürger betreffende Problemstellungen geeignet erscheint. Nicht nur in Deutschland, aber aufgrund seiner „bismarckschen“ Tradition in besonderem Maße, werden erwerbsbezogene Sozialversicherungen als Klassenkompromiss verteidigt (Esping-Andersen 1990; Schelkle 2017). Die Vorstellung,

¹³ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/verminderungsmassnahmen/co2-abgabe/rueckverteilung/umweltabgabe-rueckverteilung-2021.html>.

¹⁴ Die derzeitige Ampel-Koalition plant nach Vorarbeiten infolge des „Grundrentenzuschlags“ die Entwicklung eines entsprechenden Mechanismus bei der Finanzverwaltung.

vom Schweizer System der Bürgerversicherung bei Krankheit und Rente zu lernen, stößt nach wie vor auf breite Skepsis der sozialpolitischen Eliten in Deutschland. *Nullmeier* deutet in einer Besprechung des Buches „Soziales Klima“ (*Opielka* 2023) allerdings an, dass auch die deutschen Sozialversicherungen in Richtung Bürgerversicherung entwickelt werden könnten (*Nullmeier* 2023) und greift damit frühere Gedanken einer Weiterentwicklung der Sozialversicherungen zu einer „Staatsbürgerversicherung“ (*Nullmeier/Rüb* 1993, S. 432) auf. Seine Idee einer „Ökosozialversicherung“ setzt am Universalisierungsbestreben an, insofern sie eine Pflichtversicherung der gesamten Wohnbevölkerung wäre. Sowohl die Idee einer „Ökosozialversicherung“ wie das steuerbasierte Energiegeld verknüpfen damit ökologische und sozialpolitische Regulierung orientiert an einer zugleich preis- und marktbasierten Internalisierung.

4.2 Grundsicherung und Grundeinkommen

Den ersten Versuch, eine universalistische Reform der deutschen Sozialstaatsarchitektur unter Einbeziehung der Idee eines Grundeinkommens zu reflektieren und mikroökonomisch zu simulieren, bildete das „Zukunftslabor Schleswig-Holstein“ (*Opielka* 2019; *Opielka/Peter* 2020). Das Projekt sollte in einem wissenschaftlich angeleiteten öffentlichen Diskurs eine Vision für die Zukunft und Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung entwickeln und dabei vor allem auch die Rolle eines Grundeinkommens bzw. Bürgergeldes prüfen: durch eine Bestandsanalyse bestehender sozialer Sicherungssysteme vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung sowie einer Prognose zu den Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, durch die Darstellung verschiedener alternativer Modelle sowie der Entwicklungsmöglichkeit bestehender sozialer Sicherungssysteme und durch die Aufbereitung und Auswertung der Erfahrungen auf Bundes- und EU-Ebene. Im Kontext des Zukunftslabors wurde ein differenziertes Modell aus vier Reformszenarien entwickelt, die durch das DIW auf ihre Auswirkungen auf die Fiskal- und Arbeitsmarktpolitik simuliert werden sollten. Alle vier Reformszenarien beinhalten ein mehr oder weniger weitreichendes Grundeinkommen sowie damit systematisch korrespondierende Reformideen zur Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung: 1) Bürgergeld, 2) Grundeinkommen, 3) Sozialversicherung (mit Grundsicherung oder Garantiesicherung), 4) Bürgerversicherung (siehe *Abbildung 2*) (detailliert *Hutflesz/Opielka* 2020, S. 63 ff.). Die vier Reformszenarien lassen sich mit den hier diskutierten vier Typen des Wohlfahrtsregimes in Verbindung bringen: liberal, sozialdemokratisch (sozialistisch), konservativ und garantistisch.

Bürgergeld (mit Bürgerpauschale)	Grundeinkommen (mit steuerfinanziertem Gesundheits- und Pflegesystem)	Sozialversicherung (mit Grundsicherung bzw. Garantiesicherung)	Bürgerversicherung (mit Grundeinkommensversicherung)
Das Bürgergeld in Form einer „Negativen Einkommensteuer“ dient vor allem der Unterstützung der Arbeitsmarkt- und Leistungsmotivation in den unteren Arbeitsmarktsegmenten. Die Bürgerpauschale (Kopfpauschale) für Gesundheit und Pflege dient der Förderung des Wettbewerbs zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen.	Das Grundeinkommen in Form einer „Sozialdividende“ steht jeder/m legalen EinwohnerIn monatlich zu und unterliegt (analog „Primäreinkommen“) der Einkommensteuer- und Sozialversicherungsbeitragspflicht. Das Gesundheits-/Pflegesystem wird vollständig aus Steuermitteln finanziert.	Beitragsfinanzierte, lebensstandardsichernde („bismarcksche“) Sozialversicherung mit „Sockelung“ durch bedarfsorientierte Grundsicherung („Garantiesicherung“). Gesundheits-/Pflegeversicherung wie bisher im gegliederten System (GKV, PKV, Beihilfe).	Grundeinkommensversicherung nach dem Modell der Schweizer AHV in allen Risikolagen für Geldleistungen (Alter, Arbeitslosigkeit, Elternschaft, Krankheit, Behinderung, Kindheit, Ausbildung) und für den Risikobereich Gesundheit/Pflege.

Abbildung 2: Vier Reformszenarien zur Zukunft des Sozialstaats

Quelle: Opielka/Strengmann-Kuhn 2022, S. 77.

Das seit 2023 geltende „Bürgergeld“ der Ampel-Koalition gehört in das konservative Wohlfahrtsstaatsregime der oben dargestellten Systematik. Es besitzt das Potenzial für Weiterentwicklung in Richtung der anderen Typen einer Mindestsicherung bzw. eines Grundeinkommens. Leider findet der aktuelle Diskurs um sozialpolitische Reformen wie das „Bürgergeld“ (oder die „Kindergrundsicherung“) ohne systematischen Bezug zu klimapolitischen Zielen im engeren oder Nachhaltigkeitspolitik im weiteren Sinn statt (Opielka/Wilke 2024). Dabei liegt die Integration eines Klima- oder Energiegeldes in Grundsicherungssysteme nahe. Reformen der Grundsicherungssysteme in Richtung Grundeinkommen öffnen schon jetzt eine Vielfalt der Optionen zur Digitalisierung der Sozialpolitik, um Rechtsansprüche vereinfacht und beschleunigt zu klären und zu realisieren.

4.3 Sozialdienst

Die aktuelle Diskussion um einen „Sozialdienst“ bzw. ein „Gesellschaftsjahr“ in der Folge einer Reform und Wiedereinsetzung der Wehrpflicht dürfte die konservativen, internalen Deutungsmuster Sozialer Nachhaltigkeit ansprechen. Hier wird mit sozialpolitischer Relevanz nach der Institutionalisierung und Verstetigung gemeinschaftsbezogener Solidarität auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gefragt (*Haß/Nocko* 2023). Dabei wäre erhebliche Forschung nötig um zu klären, ob beispielsweise die Hoffnungen auf die Einsozialisation migrantischer Bevölkerungsgruppen in eine sozialpolitische Leitkultur berechtigt und welche Ausgestaltungsformen hierfür dienlich sind. Die Frage nach den Nachhaltigkeitswirkungen eines Pflichtdienstes erfordert kulturwissenschaftliche wie makroökonomische Forschungen, um zu klären, ob die garantistischen Hoffnungen auf Degrowth durch eine Entschleunigung des Arbeitsmarktes oder eher die liberalen Befürchtungen eines Verlustes globaler Wettbewerbsfähigkeit durch ineffiziente Arbeitskraftallokation berechtigt erscheinen.

4.4 Positive Migration

Schließlich scheint auf einer menschenrechtlichen, garantistischen Ebene Sozialer Nachhaltigkeit die Frage relevant, inwieweit auch das Konfliktthema Migration und die damit verbundene Migrationspolitik mit einer positiven, utopischen Agenda verändert werden könnte. Offensichtlich erfährt in den letzten Jahren der Rechtspopulismus weltweit zunehmend Resonanz mit einer Erzählung, wonach nicht nur Migration, sondern Menschenrechte und Nachhaltigkeit im Allgemeinen den sozial Benachteiligten schaden. Die aufgrund des Klimawandels zunehmende Klimamigration droht die identitätspolitische und sozial schließende Aversion gegen Soziale Nachhaltigkeit zu verstärken.

Die Vision einer positiven Migration basiert demgegenüber auf einem nüchternen Realitätsbefund, der Migration als demographisch funktional und ethisch-kosmopolitisch wünschenswert adressiert und dabei mit klaren Regeln der Zuwanderung kombiniert (*Haas* 2023, S. 434 ff.). Ein positives Migrations-Narrativ könnte Katalysator sein für eine an Benchmarks orientierte globale Sozialpolitik, wie sie in den UN-Nachhaltigkeitszielen aufscheint. Voraussetzung dafür sind Frieden und völkerrechtliche Verlässlichkeit, beides ist nicht selbstverständlich und umso erstrebenswerter.

Praktisch beinhaltet die Vision einer Positiven Migration für die nationalen Sozialpolitiken, dass die Interessen der drei großen Stakeholder der Zuwanderungspolitik: Migrierende, Herkunftsgesellschaft und Aufnahmegesellschaft auf der Grundlage der Menschenrechte immer wieder neu balanciert werden müssen. *Paul Collier* hat diese Interessen in zahlreichen Schriften zur Migrations-

politik analysiert und seine Analysen in einer globalen Meta-Ethik des Wohlfahrtsstaates summiert (*Collier* 2019). Migration wird immer ein Kampf bleiben, nur wenige wandern aus Neugier aus. Doch wie die Klassen- und Statuskämpfe seit Ende des 19. Jahrhunderts sozialpolitisch kanalisiert und reguliert werden konnten, ist dies auch für den Kampf um Migration möglich. Dabei geht es nicht um die Fluchtmigration, die in der Genfer Konvention geregelt ist. Ihre Regulierung ist gerade auch aufgrund von Kriegen und Bürgerkriegen komplex und wohlfahrtsstaatlich kaum beeinflussbar. Sozialpolitischer Regulation zugänglich ist jedoch die Migration zur Reduzierung sozioökonomischer Not. Es muss jeder Weltbürgerin und jedem Weltbürger möglich sein, ihren und seinen Wohnort zu wechseln. Niederlassungsrechte und Zugang zu den Sozialsystemen jedoch können nicht allein in das Belieben der Migrierenden gestellt sein. Das Recht auf Migration beinhaltet auch das Recht der Aufnahmegesellschaften, den Zugang nach eigenen Interessen, insbesondere Arbeitsmarktinteressen und Wahrscheinlichkeiten gelingender Sozialintegration zu regulieren. Nicht nur auf diesem Gebiet sozialpolitischer Steuerung kann die Digitalisierung hilfreich sein, indem sie allen Beteiligten transparente Informationen über Chancen und Risiken vermittelt.

5. Ausblick

In der postpandemischen, krisenhaften Phase engen die gewaltigen Belastungen der öffentlichen Haushalte durch coronabedingte Defizite die Spielräume einer inklusiven Sozialpolitik massiv ein. Einer auf die Umverteilung von Wachstumsgewinnen orientierten Sozialpolitik wird damit weitgehend der Boden entzogen. Zugleich maximiert die globalisierte und finanzwirtschaftlich fokussierte Ökonomie Einkommen und vor allem Vermögen der sehr Wohlhabenden. Ein universalistisches Engerschnallen der Gürtel wird daher nur unter massiver populistischer Mobilisierung mit Kollateraleffekten auf prekäre Gruppen möglich sein. Soziale Nachhaltigkeit erweist sich damit als ein „wicked problem“, als ein verwickeltes Problem, das neue Arenen der Problemstellung und -lösung erfordert. Das Plädoyer für einen gemischten Universalismus, der „Garantismus“ genannt werden kann, legt sozialpolitisch den Fokus auf Teilhabe und identifiziert dazu moderne digitale und intelligente Pfade.

Die Sozialpolitikforschung scheint gut beraten, komparative und evaluative Projekte zu verstärken, die die Leistungsfähigkeit universalistischer und eher partikularistischer Sozialsysteme politikrelevant und indikatoren gestützt vergleichen. Die Popularität und Relevanz der Sustainable Development Goals und ihrer Implementation könnte die Community der Sozialpolitikforschung stärken und die von *Hans Achinger* vor längerer Zeit vorgebrachte Forderung, „Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik“ (*Achinger* 1979) zu verstehen, auf sozial-

ökologischem Niveau einlösen. Sie würde damit eine „ökologische Aufklärung“ betreiben, die ohnehin „unverzichtbar“ ist (Barth/Lessenich 2022, S. 312).

Literatur

- Achinger, H. (1959): Soziologie und Sozialreform, in: Alexander Busch (Hrsg.), Soziologie und moderne Gesellschaft: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin, Stuttgart, S. 39 – 52.
- Achinger, H. (1979): Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat, Frankfurt.
- Arts, W./Gelissen, J. (2002): Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art Report, *Journal of European Social Policy*, 2(12), S. 137 – 158.
- Aspalter, C. (2019): Welfare regime analysis: 30 years in the making, *International Social Work*, Vol. 62, 1, S. 76 – 88.
- Aspalter, C. (2023): Ten Worlds of Welfare Capitalism. A Global Data Analysis, Singapur.
- Bach, S./Opielka, M. (2023): Klima-/Umwelt- und Sozialpolitik in der neuen Legislaturperiode – Probleme und Aufgaben. Bericht und Auswertung des Workshops am 9. Juni 2022. DIFIS-Studie 2023/3, Duisburg/Bremen, <https://www.difis.org/institut/publikationen/publikation/40>.
- Barth, T./Lessenich, S. (2022): Nachhaltige Arbeits- und Sozialpolitik. De-Formation des Wohlfahrtsstaats in der sozial-ökologischen Transformation?, in: Betzelt, Sigrid/Fehmel, Thilo (Hrsg.): Deformation oder Transformation? Analysen zum wohlfahrtsstaatlichen Wandel im 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 297 – 316.
- Beckert, J. (2024): Verkaufte Zukunft: Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht, Berlin.
- Bertelsmann Stiftung/SDSN Sustainable Development Solutions Network (2016): SDG Index & Dashboards. A Global Report, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/sdg-index-dashboards>.
- Blihdorn, I. (2024): Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin.
- Bohnenberger, K. (2022): Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS Studie 2022-3, Duisburg/Bremen.
- Carigiet, E./Opielka, M. (2006): Deutsche Arbeitnehmer – Schweizer Bürger?, in: Carigiet, Erwin u. a. (Hrsg.), Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich, S. 15 – 46.
- Clark, W. C./Harley, A. G. (2020): Sustainability Science: Toward a Synthesis, *Annual Review of Environment and Resources*, 1(45), S. 331 – 386.
- Collier, P. (2019): Sozialer Kapitalismus! Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft, München.
- Deneen, P. J. (2023): Regime Change. Towards a Postliberal Future, Croydon.
- Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste (2018): Die CO₂-Abgabe in der Schweiz, Frankreich und Großbritannien. Mögliche Modelle einer CO₂-Abgabe für Deutschland. WD 8 – 3000 – 027/18.

- Dunlap, R. E./Brulle, R. J. (eds.) (2015): Climate Change and Society. Sociological Perspectives (ASA Task Force on Sociology and Global Climate Change), New York.*
- Eichenhofer, E. (2003): Reform des Sozialstaats – von der Arbeitnehmersicherung zur Einwohnerversicherung?, Recht der Arbeit, 5, S. 264 – 269.*
- Eichenhofer, E. (2023): Deutsches Sozialrecht nach 1945, Baden-Baden.*
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.*
- Görg, C. u. a. (Hrsg.) (2023): APCC Special Report Strukturen für ein klimafreundliches Leben, Berlin/Heidelberg, <https://klimafreundlichesleben.apcc-sr.ccca.ac.at/>.*
- Gough, I. (2016): Welfare states and environment states: a comparative analysis, Environmental Politics, 1(25), S. 24 – 47.*
- Haas, H. de (2023): Migration. 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt, Frankfurt.*
- Hasenclever, A. et al. (2000): Integrating theories of international regimes, Review of International Studies, 1(26), S. 3 – 33.*
- Haß, R./Nocko, G. (2023): Ein Gesellschaftsdienst für Alle. Zur Machbarkeit in Deutschland und Europa, Berlin.*
- Hickel, J. et al. (2022): National responsibility for ecological breakdown: a fair-shares assessment of resource use, 1970 – 2017. Lancet Planet Health 4(6). S. e342 – 349.*
- Hirschfeld, J./Hansen, G./Messner, D./Opielka, M./Peter, S. (2023): Die klimaresiliente Gesellschaft – Transformationen und Systemänderungen, in: Brasseur, Guy P. et al. (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, Berlin, S. 461 – 473.*
- Hutflesz, T./Opielka, M. (2020): Online-Delphi in der Zukunftsforschung zur Sozialpolitik. ISÖ-Text 2020-3, Norderstedt: BoD.*
- ICSU – International Council for Science (2017): A Guide to SDG Interactions: from Science to Implementation, Paris.*
- Kani, N./Biermann, F. (Hrsg.) (2017): Governing through Goals. Sustainable Development Goals as Governance Innovation, Cambridge/London.*
- Kaufmann, F.-X. (2014): European Foundations of the Welfare State, New York/Oxford.*
- Koch, M./Fritz, M. (2014): Building the Eco-social State: Do Welfare Regimes Matter?, Journal of Social Policy, 4(43), S. 679 – 703.*
- Koch, M./Mont, O. (eds.) (2016): Sustainability and the Political Economy of Welfare, London/New York.*
- Latour, B./Schultz, N. (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum, Berlin.*
- Lessenich, S. (2012): Theorien des Sozialstaats zur Einführung, Hamburg.*
- Manow, P. (2001): Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie, Leviathan, 2(29), S. 179 – 198.*
- Nassehi, A. (2023): Gesellschaftliche Grundbegriffe. Ein Glossar der öffentlichen Rede, München.*

- Nullmeier, F.* (2021): Pandemiebekämpfung und Klimaschutz. Neue Aufgaben für Sozialversicherungen, in: Rodenhäuser, Dorothee et al. (Hrsg.), Soziale Sicherungssysteme im Umbruch. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation, Marburg, S. 109 – 128.
- Nullmeier, F.* (2023): Sozialpolitik für die ökologische Frage. Besprechung von Opielka, Soziales Klima, sozialpolitikblog, 19.12.2023, <https://difis.org/blog/?blog=91>.
- Nullmeier, F./Rüb, F. W.* (1993): Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat, Frankfurt/New York.
- Opielka, M.* (Hrsg.) (1985): Die öko-soziale Frage. Entwürfe zum Sozialstaat, Frankfurt.
- Opielka, M.* (2006): Gemeinschaft in Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons. 2. Aufl., Wiesbaden.
- Opielka, M.* (2008): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. 2. Aufl., Reinbek.
- Opielka, M.* (2017): Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft, München.
- Opielka, M.* (2023): Soziales Klima. Der Konflikt um die Nachhaltigkeit des Sozialen, Weinheim/Basel.
- Opielka, M./Peter, S.* (2020): Zukunftslabor Schleswig-Holstein. Zukunftsszenarien und Reformszenarien, ISÖ-Text 2020-1, Norderstedt.
- Opielka, M./Renn, O.* (Hrsg.) (2017): Symposium: Soziale Nachhaltigkeit. Beiträge für das „Symposium: Soziale Nachhaltigkeit“ am 2.11.2017, Potsdam (IASS). ISÖ-Text 2017-4, Norderstedt.
- Opielka, M./Strengmann-Kuhn, W.* (2022): Bürgergeld und die Zukunft des Sozialstaats. Wirtschaftsdienst, 2(102), S. 95 – 99.
- Opielka, M./Wilke, F.* (Hrsg.) (2024): Der weite Weg zum Bürgergeld, Wiesbaden.
- Pankoke, E.* (1970): Soziale Bewegung – soziale Frage – soziale Politik. Grundfragen der deutschen Sozialwissenschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart.
- Piketty, T.* (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Reckwitz, A./Rosa, H.* (2021): Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Berlin.
- Schelle, W.* (2017): Einstürzende Neubauten: Welten und Varianten des Wohlfahrtskapitalismus, WSI-Mitteilungen 6(70), S. 389 – 397.
- Schoyen, M. et al. (eds.)* (2022): Towards Sustainable Welfare States in Europa. Social Policy and Climate Change, Cheltenham/Northampton.
- Sowula, J. et al.* (2023): The end of welfare states as we know them? A multidimensional perspective, Social Policy & Administration, S. 1 – 15. <https://doi.org/10.1111/spol.12990>.
- Yörük, E. et al.* (2022): The four global worlds of welfare capitalism: Institutional, Neoliberal, populist and residual welfare state regimes. Journal of European Social Policy, S. 1 – 16, <https://doi.org/10.1177/09589287211050520>.

- Weber, M.* (1988/1904): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen, S. 146–214.
- Wissenschaftsrat (2015): Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen. Positionspapier, Stuttgart, <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4594-15.html>.
- Zimmer, M.* (2015): Nachhaltigkeit! Für eine Politik aus christlicher Grundüberzeugung, Freiburg.
- Zimmermann, K./Graziano, P.* (2020): Mapping Different Worlds of Eco-Welfare States, *Sustainability*, 5(12), 1819.